

Fortsetzung von Seite 5

Mittelstandes vor. Impulse für den Arbeitsmarkt verspricht sich Oettinger von der Aufhebung des Kündigungsschutzes für Berufsanfänger. In einem Modellversuch will er dies ebenso ausloten wie den Erfolg staatlicher Zuschüsse in Niedriglohnjobs. Zudem bekräftigte er seinen Vorstoß für eine Pkw-Maut und forderte den Bund auf, im Südwesten weitere Autobahnabschnitte privat zu finanzieren. Bei Stuttgart 21 drängte er auf einen raschen Baubeschluss.

Reformbedarf sieht Oettinger bei den Gehältern der Minister, die künftig ihre eigene Altersversorgung bezahlen sollen.

### Kontinuität und Erneuerung:

## Oettingers Kabinett

Ministerpräsident Günther Oettinger hat in seinem ersten Kabinett mehrere Ressorts neu zugeschnitten und zwei neue Minister berufen.

Er setze auf Geschlossenheit, Handlungsfähigkeit, Kontinuität und Erneuerung“, sagte der Regierungschef am 25. April bei der Vorstellung seiner Mannschaft.

Neu im Amt ist Landwirtschaftsminister Peter Hauk, der bisherige stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Landtags-CDU. Amtsvorgänger Willi Stächele wechselte in die Regierungszentrale als Nachfolger für den ausgetretenen Staatsminister Ulrich Müller.

Ebenfalls neu im Kabinett ist Sozialminister Andreas Renner, der bisher in Singen als Oberbürgermeister residierte. Die bisherige Amtsinhaberin Tanja Gönner wechselte ins Umweltressort, von dem das Aufgabengebiet Verkehr abgetrennt und dem Innenministerium zugeordnet wird.

### Schon im Vorfeld hat Oettinger deutlich Position bezogen

## Was sich der neue Ministerpräsident vorgenommen hat

Unter das Motto „Arbeit schaffen, Sicherheit geben, Heimat bewahren“ hat Ministerpräsident Günther Oettinger seine erste Regierungserklärung gestellt. Bereits im Vorfeld der Amtsübernahme hat er deutlich Position bezogen und Schwerpunkte für seine künftige Arbeit gesetzt. In seinem 44-seitigen Redemanuskript sprach er eine Vielzahl von Politikfeldern an, darunter zahlreiche Bereiche, die den öffentlichen Dienst betreffen. Hier einiges von dem,

was sich der neue Ministerpräsident vorgenommen hat.

**Schulden:** Unter Ministerpräsident Teufel hat sich die Verschuldung des Landes von rund 20 auf rund 40 Milliarden Euro verdoppelt. Oettinger hat angekündigt, dass er die Schuldenlast senken will. Dabei erwägt er auch eine erneute Klage gegen den Länderfinanzausgleich, bei dem Baden-Württemberg 2,1 Milliarden Euro jährlich bezahlt.

**Sicherheit:** Die Schließung kleinerer Polizeiposten in Baden-Württemberg im vergangenen Jahr hat nicht nur bei den Beamten, sondern auch bei vielen Bürgern zu großer Verärgerung geführt. Sie sehen dadurch die Sicherheit bedroht. Auch die Verlagerung des Wirtschaftskontrolldienstes von der Polizei in die Landratsämter, eine weitere Folge der Verwaltungsreform, halten viele für einen grundlegenden Fehler. Oettinger hat bereits im Vorfeld der Amtsübernahme signalisiert, dass er die Verwaltungsreform in zwei bis drei Jahren überprüfen und Fehlentwicklungen rückgängig machen will.

**Polizei:** Oettinger sagt den Beamten eine „verlässliche Karriereentwicklung“ zu. Grundlage dafür soll ein flexiblerer Stellenplan sein, den es ab dem Jahr 2006 geben soll. Zusätzlich bietet der neue Regierungschef der Polizei einen „Pakt für ein sicheres Baden-Württemberg“ an, bei dem die Beamten über Ressourcen, die sie im Rahmen von Reformen erwirtschaften, dauerhaft verfügen können.

**Jugendkriminalität:** Oettinger fordert, die Höchststrafe im Jugendstrafrecht auf 15 Jahre anzuheben. Auch Sicherungsverwahrung soll möglich sein. Er will erreichen, dass zusätzliche Jugendsachbearbeiter der

Polizei gegen die Ausländerkriminalität vorgehen.

**Justizreform:** Gerichtsvollzieher sollen selbstständig werden. Damit greift Oettinger eine langjährige Forderung der Liberalen auf.

**Straßenbau:** Oettinger hat sich für eine Pkw-Maut ausgesprochen, um den Bau und die Erhaltung von Straßen zu finanzieren. Gleichzeitig müssten die Autofahrer aber bei der Kfz-Steuer oder der Mineralölsteuer entlastet werden. Auch der neue CDU-Fraktionsvorsitzende im Landtag und bisherige Verkehrsminister Stefan Mappus hat sich bereits auf Bundesebene für die Maut stark gemacht, in der CDU ist sie allerdings umstritten.

**Landesministerien:** Oettinger steht Plänen, alle Ministerien in einem gemeinsamen Gebäudekomplex (etwa auf dem Gelände von Stuttgart 21) zu konzentrieren, „aufgeschlossen gegenüber“. Er will den Vorschlag prüfen lassen.

**Landtag:** Das Landesparlament soll mehr Regelungskompetenz erhalten. Dabei greift Oettinger die Föderalismusdebatte auf, denn es geht ihm vor allem um Bundesgesetze und deren Umsetzung in landesrechtliche Verordnungen. Er will mehr Kompetenz für die Länder und damit auch für den Landtag.

**Ministergehälter:** Oettinger hält die Bezüge für maßvoll, sieht aber dennoch Reformbedarf. Seine Aufforderung an das Parlament: „Wir sollten gemeinsam überlegen, ob es sinnvoll ist, die Ruhegehälter abzusenken und gleichzeitig die Aktivbezüge zu erhöhen.“ Die Minister könnten dann eine eigene Altersversorgung aufbauen, wenn ihr Gehalt um „zehn bis 20 Prozent“ steigt.